Deutschlandreport

Eine Analyse der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundestagswahl 2013 unter Gleichstellungsaspekten

Autorinnen: Julia Chojecka und Dr. Helga Lukoschat

EAF Berlin September 2013

Die Ergebnisse in Kurzform

Nur ein Viertel (25,8 Prozent) aller Bewerber für den nächsten Deutschen Bundestag sind Frauen.

Der Frauenanteil auf den Listen der fünf großen Parteien ist deutlich höher (37,8 Prozent) als bei den Direktkandidaten (29,7 Prozent.)

Landesverbände von SPD und CDU halten eigene Frauenquoten nicht immer ein

Die SPD erreicht ihre interne Geschlechterquote von 40 Prozent auf neun der 16 Landeslisten. Auf der Landesliste des bevölkerungsreichsten Bundeslands Nordrhein-Westfalen sind Frauen nur mit einem Anteil von 28,6 Prozent vertreten (45 Männer und 18 Frauen). Positiv jedoch ist, dass vor allem im oberen Teil der Liste das Reißverschlussprinzip gut eingehalten wird und Frauen damit auch auf den aussichtsreichen Plätzen zu finden sind. Das Bild trübt sich aber mit Blick auf die Direktkandidaten: Bei der letzten Wahl holte die SPD in diesem Bundesland den größten Teil ihrer Direktmandate, der Frauenanteil unter den SPD-Direktkandidaten beträgt in Nordrhein-Westfalen aber nur 28,1 Prozent.

Die CDU/CSU hat auf den Landeslisten insgesamt einen verhältnismäßig hohen Frauenanteil von 34,9 Prozent und hält damit ihr „Quorum“ (33,3 Prozent Frauen) in der Gesamtschau ein. Zu bedenken ist jedoch, dass die CDU/CSU ihre Bundestagsabgeordneten traditionell fast ausschließlich über Direktmandate generiert und hier beträgt der Frauenanteil lediglich 22,4 Prozent (232 Männer und 67 Frauen).

FDP stellt am wenigsten Frauen zur Wahl

Die FDP fällt weit hinter den anderen Parteien zurück: auf den Landeslisten sind es hier insgesamt gerade einmal 20,1 Prozent Frauen (259 Männer und 65 Frauen). Gleich zwei Listen (Berlin und Mecklenburg-Vorpommern) sind sogar ausschließlich mit Männern besetzt. Unter den FDP-Direktkandidaturen beträgt der Frauenanteil nur 17,1 Prozent (247 Männer und 51 Frauen).

GRÜNE und LINKE sind Spitzenreiter bei der Aufstellung von Frauen

Die GRÜNEN sind Spitzenreiter und erreichen auf ihren Landeslisten insgesamt einen Frauenanteil von 50,9 Prozent. Dicht gefolgt von der LINKEN mit 50,3 Prozent. Beide Parteien halten damit insgesamt betrachtet ihre parteiinterne Zielvorgabe ein.

Neue Parteien gehen geschlechterpolitisch keine neuen Wege

Ein kurzer Blick in Richtung der neuen Parteien Alternative für Deutschland und der Piratenpartei zeigt, dass diese zumindest geschlechterpolitisch keine neuen Wege beschreiten. Der Frauenanteil auf den Landeslisten insgesamt beträgt bei der Piratenpartei 21,6 Prozent und bei der AfD 15,9 Prozent.

Schlechte Chancen für Frauen in Thüringen

Im Ländervergleich zeigt sich, dass vor allem Thüringen Frauen schlechte Chancen bietet als Bundestagskandidatin aufgestellt zu werden: Sowohl bei den Listenplätzen als auch bei den Direktkandidaturen der fünf großen Parteien landet das Bundesland unter den drei letzten Plätzen.

© EAF Berlin | Schumannstr. 5 | 10117 Berlin | Fon: +49 (0)30-30 87 760-0 | Fax: +49 (0)30-30 87 760-59 | info@eaf-berlin.de | www.eaf-berlin.de

Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundestagswahl 2013

Seit über zehn Jahren stagniert der Frauenanteil auf Bundesebene bei etwa einem Drittel. Zu 32,9 Prozent sind Frauen im aktuellen Deutschen Bundestag vertreten. Gemessen an ihrem Anteil an der Gesellschaft von über 50 Prozent sind sie damit deutlich unterrepräsentiert. Eine Analyse der Bewerberinnen und Bewerber für die Bundestagswahl 2013 zeigt: an diesem Missverhältnis wird auch die Wahl am 22. September voraussichtlich nicht viel ändern.

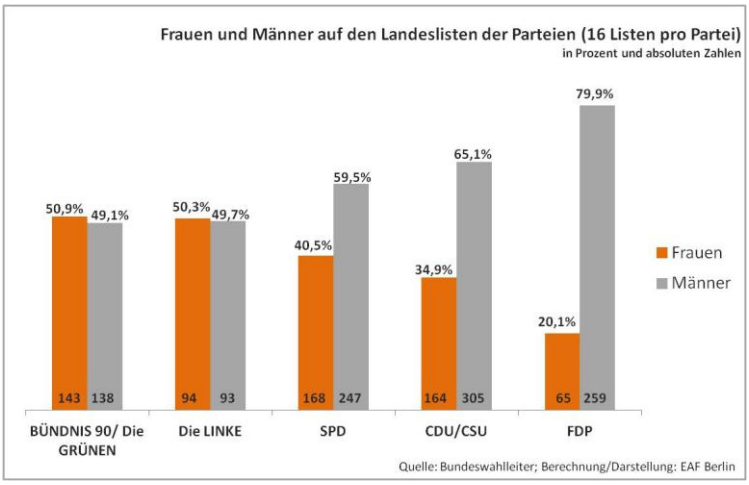
Auf den 233 **Landeslisten der 30 Parteien**, die in den Ländern mit Landeslisten zur Bundestagswahl 2013 antreten, stehen insgesamt 3.446 Personen. Davon sind 1.027 oder 29,8 Prozent Frauen. Die **Gesamtzahl der Direktkandidat/innen** in den Wahlkreisen liegt bei sich 2.705 Personen, darunter finden sich nur 607 oder 22,4 Prozent Frauen. 1.700 Personen kandidieren sowohl auf einer Landesliste als auch in einem Wahlkreis, 2.751 Personen nur auf einem der beiden Wege. Unter der sich so zusammensetzenden Gesamtzahl aller Bewerber (4.451 Personen) sind es 25,8 Prozent Frauen.

Nur die wenigsten Parteien haben traditionell reelle Chancen auf einen Einzug in den Bundestag. Wie gleichberechtigt geht es also unter den Bewerber/innen der **fünf großen im aktuellen Bundestag vertretenen Parteien** zu?

Unter allen Bewerber/innen für die fünf großen Parteien beträgt der Frauenanteil 33,9 Prozent. 1.138 Personen kandidieren sowohl im Wahlkreis als auch auf einer Liste, darunter 748 Männer und 390 Frauen.

Die Landeslisten der fünf großen Parteien

Für die fünf großen, im Bundestag vertretenen Parteien CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die GRÜNEN, FDP und DIE LINKE treten insgesamt 1.676 Personen auf den 80 (5 Parteien x 16 Bundesländer) Landeslisten an. 1.042 Männer stehen 634 Frauen gegenüber, das entspricht einem Frauenanteil von 37,8 Prozent.

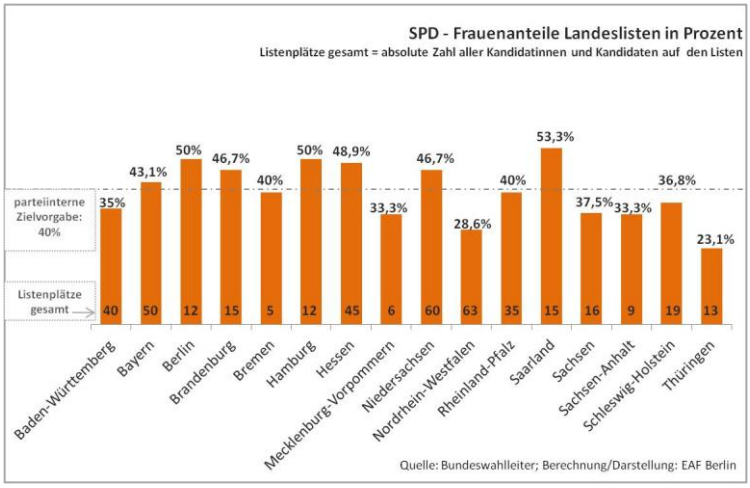


Während Die LINKE und die GRÜNEN ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis erreichen, fällt die FDP mit nur 20 Prozent Frauen deutlich hinter den anderen Parteien zurück.

Eine Differenzierung nach Bundesländern zeigt, wie unterschiedlich erfolgreich die **einzelnen Landesverbände** bei der Aufstellung von Frauen und der Einhaltung ihrer eigenen Vorgaben zur Geschlechterverteilung sind.

© EAF Berlin | Schumannstr. 5 | 10117 Berlin | Fon: +49 (0)30-30 87 760-0 | Fax: +49 (0)30-30 87 760-59 | info@eaf-berlin.de | www.eaf-berlin.de

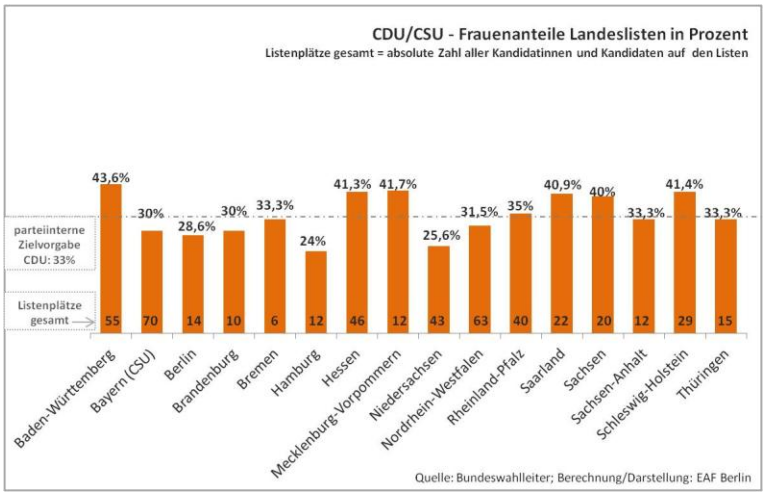
Um zu erreichen, dass Männer und Frauen ausgewogen vertreten sind, hat die **SPD** eine 40-prozentige Geschlechterquote auf allen Organisationsebenen eingeführt. Ziel ist es außerdem, Landeslisten alternierend zu gestalten, also abwechselnd mit einer Frau und einem Mann zu besetzen (Reißverschlussprinzip).



Bei der Listenaufstellung zur Bundestagswahl 2013 wird das Reißverschlussprinzip auf den oberen Plätzen in der Regel gut eingehalten, ihre parteiinterne Geschlechterquote von 40 Prozent erreicht die SPD jedoch trotzdem auf nur neun der 16 Landeslisten. Im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen stellen Frauen gerade einmal einen Anteil von 28,6 Prozent der SPD-Bewerber. Dank Reißverschlussprinzip sind die Frauen aber auch auf den oberen Plätzen gut vertreten. Die Landesliste Thüringens bildet das Schlusslicht der SPD-Listen mit einem Frauenanteil von gerade einmal 23,1 Prozent.

Das sog. „Quorum“ der **CDU** legt fest, dass Frauen an Parteiämtern und an öffentlichen Mandaten mindestens zu einem Drittel beteiligt sein sollen. Bei der Aufstellung von Wahllisten soll unter drei aufeinander folgenden Listenplätzen jeweils mindestens eine Frau vorschlagen werden. Die CSU sieht vor, dass Frauen mindestens 40 Prozent der Parteiämter innehaben sollen, hat aber keine Vorgaben für die Aufstellung von Wahlbewerber/innen.

Die CDU erfüllt ihre Zielvorgabe auf zehn der 15 Landeslisten. Den höchsten Frauenanteil erreicht dabei die Landesliste in Baden-Württemberg. 31 Männer und 24 Frauen sind hier zu finden, der Frauenanteil beträgt somit 43,6 Prozent. Bei diesem erfreulichen Ergebnis muss man jedoch bedenken, dass die Union so gut wie nie auf ihre Landeslisten zurückgreift, sondern ihre Mandate traditionell über die Direktkandidaturen generiert. So sind in den aktuellen Bundestag ganze 218 der 237 Unionsabgeordneten über Direktmandate eingezogen. Die CSU in Bayern erreicht einen Frauenanteil von 30 Prozent.

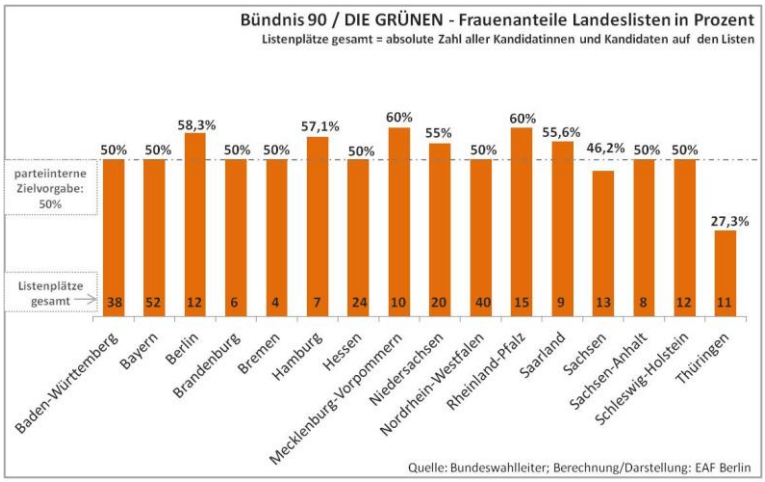


© EAF Berlin | Schumannstr. 5 | 10117 Berlin | Fon: +49 (0)30-30 87 760-0 | Fax: +49 (0)30-30 87 760-59 | info@eaf-berlin.de | www.eaf-berlin.de

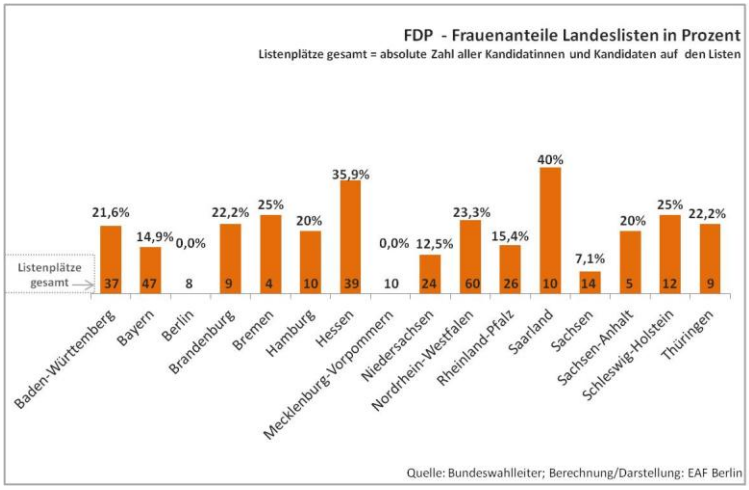
Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben eine interne Frauenquote von 50 Prozent festgelegt. Wahllisten sind alternierend zu besetzen, wobei den Frauen die ungeraden Plätze (und damit auch die ersten und sichersten Listenplätze) zur Verfügung stehen.

Ihre Vorgaben erfüllt die Partei auf 14 der 16 Landeslisten. Während Sachsen mit sechs Frauen und sieben Männern das Ziel nur leicht verfehlt, fällt Thüringen mit 27,3 Prozent Frauenanteil hingegen sehr deutlich zurück (hier kandidieren 8 Männer und 3 Frauen).

Auf sechs Landeslisten erreichen die GRÜNEN allerdings einen Frauenanteil von über 55 Prozent. Ihre Regel bzgl. der Spitzenpositionen brechen die GRÜNEN in Mecklenburg-Vorpommern und im Saarland, hier haben jeweils männliche Kandidaten den ersten Listenplatz inne. Bei der Wahl 2009 zog in beiden Länder nur dieser erste Listenplatz in den Bundestag.

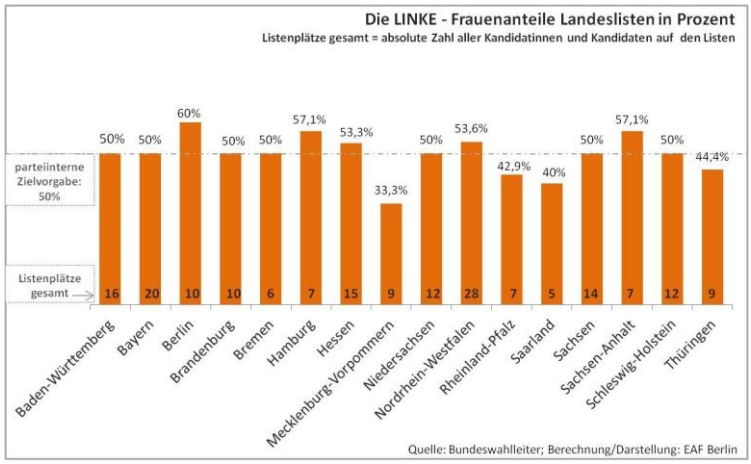


Als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien enthält die **FDP** keine innerparteilichen Vorgaben zur gleichen Teilhabe von Männern und Frauen und sieht keine Frauen- oder Geschlechterquote bei der Listenaufstellung vor. Dies wirkt sich deutlich auf die Bewerberlage der FDP aus: Auf gleich zwei Landeslisten der FDP finden sich ausschließlich Männer: in Berlin 8 Männer und keine Frau, in Mecklenburg-Vorpommern 10 Männer und keine Frau. Die Landesverbände Saarland und Hessen sind hingegen deutlich erfolgreicher und haben als einzige über 30 Prozent Frauen auf die Liste gesetzt. Unter die ersten zwei Plätze schaffen es die FDP-Frauen nur auf drei Listen (Bayern, Baden-Württemberg und und Sachsen-Anhalt); die besten Positionen sind bei der FDP also in der Regel Männern vorbehalten.



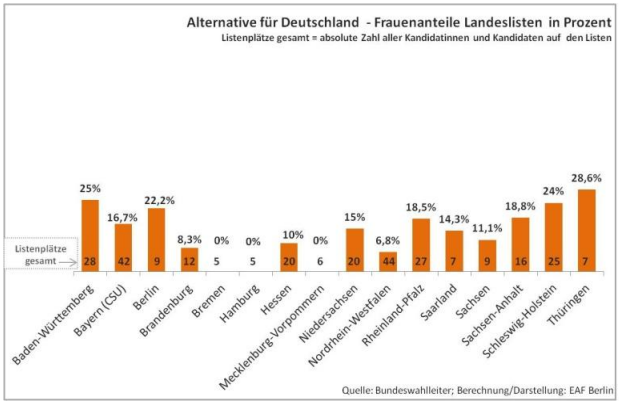
© EAF Berlin | Schumannstr. 5 | 10117 Berlin | Fon: +49 (0)30-30 87 760-0 | Fax: +49 (0)30-30 87 760-59 | info@eaf-berlin.de | www.eaf-berlin.de

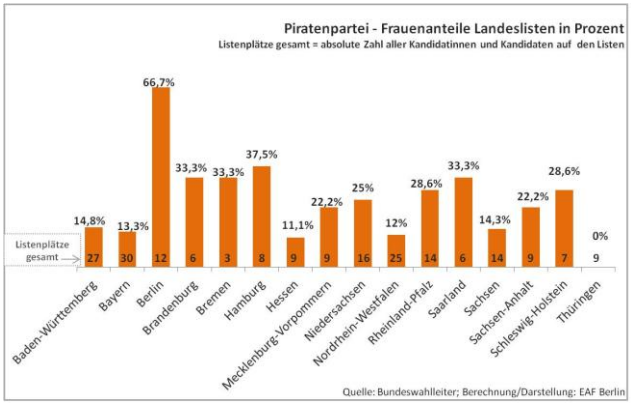
DIE LINKE hat in ihren Statuten festgelegt, dass bei der Aufstellung von Wahlbewerber/innen auf einen Frauenanteil von mindestens 50 Prozent hinzuwirken ist. Bei Wahlvorschlaglisten sind einer der beiden ersten Listenplätze und im Folgenden die ungeraden Listenplätze Frauen vorbehalten, soweit Bewerberinnen zur Verfügung stehen. Ebenso wie bei den GRÜNEN sind auch bei der LINKEN reine Frauenlisten möglich.



DIE LINKE verfehlt ihr Ziel auf vier Landeslisten. Mit nur 33 Prozent Frauen fällt die Landesliste in Mecklenburg-Vorpommern besonders heraus. Auf fünf Listen erreicht die Partei jedoch einen Frauenanteil von über 50 Prozent.

Ein kurzer Blick in Richtung der neuen Parteien **Alternative für Deutschland** und der **Piratenpartei** zeigt, dass diese zumindest geschlechterpolitisch keine neuen Wege beschreiten. Der Frauenanteil auf den Landeslisten insgesamt beträgt bei der Piratenpartei 21,6 Prozent und bei der AfD 15,9 Prozent. Bei beiden variieren die Geschlechterverhältnisse stark nach Bundesländern. Mit einem Frauenanteil von 66,7 Prozent sticht die Berliner Landesliste der Piratenpartei allerdings deutlich heraus.



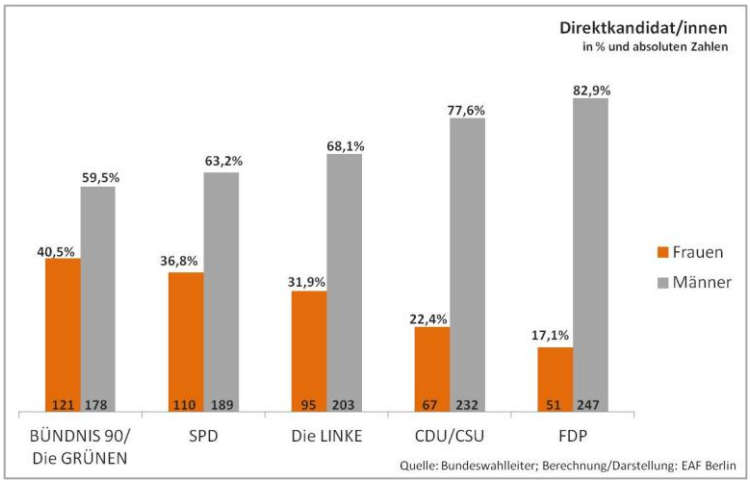


© EAF Berlin | Schumannstr. 5 | 10117 Berlin | Fon: +49 (0)30-30 87 760-0 | Fax: +49 (0)30-30 87 760-59 | info@eaf-berlin.de | www.eaf-berlin.de

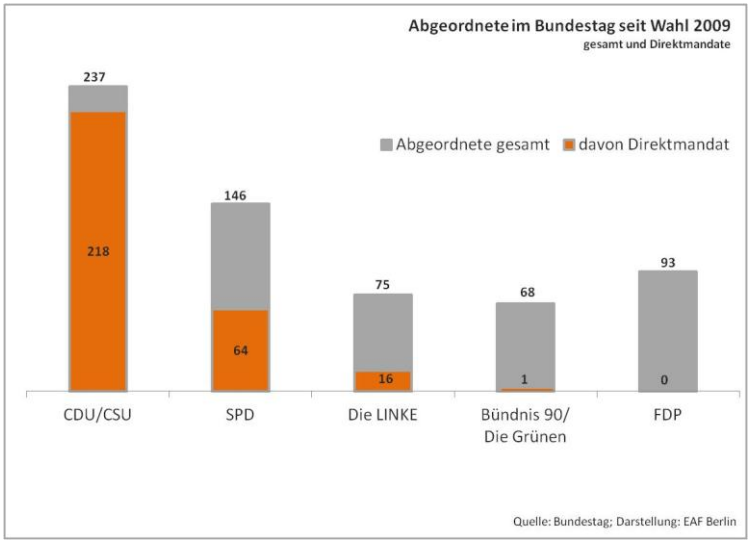
Direktkandidatinnen und Direktkandidaten in den Wahlkreisen

Die fünf großen Parteien stellen insgesamt 1.493 Direktkandidat/innen zur Wahl. Darunter sind 1.049 Männer und 444 Frauen, das ergibt einen Frauenanteil von 29,7 Prozent. Direktkandidat/innen der CDU/CSU, der SPD und der GRÜNEN kandidieren in allen 299 Wahlkreisen. Für die FDP und DIE LINKE haben in jeweils 298 Wahlkreisen Direktkandidat/innen.

Auffällig ist, dass bei allen Parteien der Frauenanteil bei den Direktkandidaturen im Vergleich zur Listenaufstellung deutlich abnimmt.



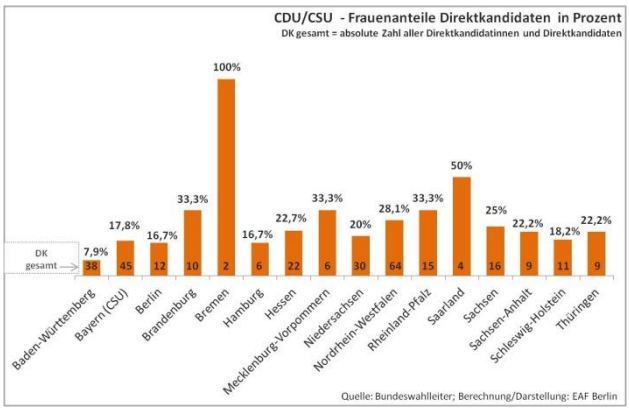
Die GRÜNEN haben mit 40,5 Prozent zwar auch in diesem Ranking den höchsten Frauenanteil, fallen jedoch um über 10 Prozentpunkte hinter dem Geschlechterverhältnis auf ihren Landeslisten zurück. Die FDP bildet auch bei den Direktkandidaturen mit 17 Prozent Frauenanteil das Schlusslicht.



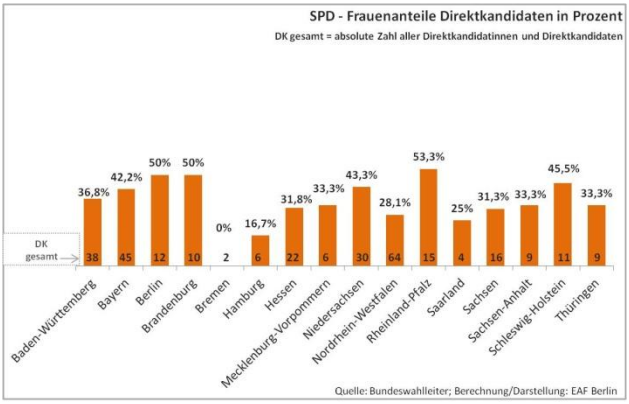
Die Direktkandidaturen spielen in den Parteien eine sehr unterschiedliche Rolle. Während die CDU traditionell fast alle ihre Bundestagsvertreter/innen über die Direktmandate generiert (218 von 237 Plätzen im aktuellen Bundestag), sind es bei der SPD 64 von 146 und bei der LINKEN lediglich 16 der 75 Plätze im aktuellen Bundestag. Abgeordnete der FDP und der GRÜNEN ziehen in der Regel ausschließlich über Listenplätze in den Bundestag ein (die GRÜNEN haben ein Direktmandat: Hans-Christian Ströbele ist derzeit der einzig direkt gewählte grüne Bundestagsabgeordnete, Wahlkreis Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost). Die FDP hat als einzige Partei kein Direktmandat im aktuellen Bundestag.

© EAF Berlin | Schumannstr. 5 | 10117 Berlin | Fon: +49 (0)30-30 87 760-0 | Fax: +49 (0)30-30 87 760-59 | info@eaf-berlin.de | www.eaf-berlin.de

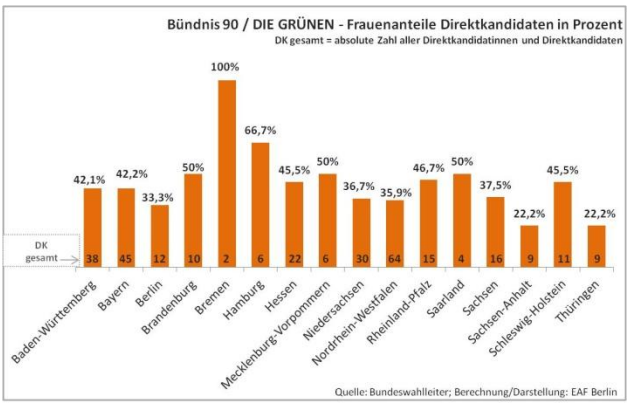
Auch hier lohnt sich ein Blick auf die einzelnen Bundesländer. So zeigt sich etwa, dass das besonders positive Bild, welches die **CDU**-Landesliste Baden-Württemberg vorzuweisen hat, im deutlichen Gegensatz zu den Direktkandidaturen – und damit zu den wichtigen Kandidaturen bei dieser Partei – steht: der Frauenanteil unter den Baden-Württembergischen Direktkandidaten beträgt lediglich knapp acht Prozent. In Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, wo die CDU bei der letzen Wahl die zahlenmäßig meisten Direktmandate geholt hat, sind es dieses Mal insgesamt 70 männliche und nur 24 weibliche Wahlkreisbewerber (ein Frauenanteil von nur 25,5 Prozent).

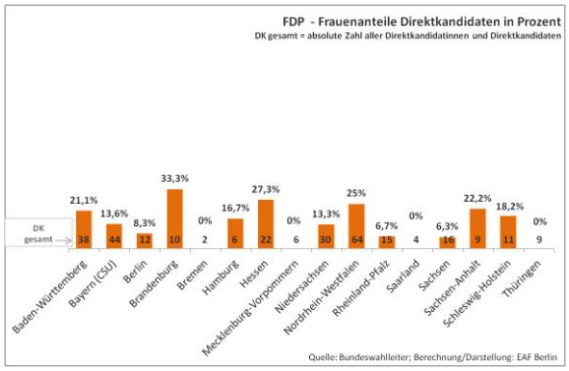


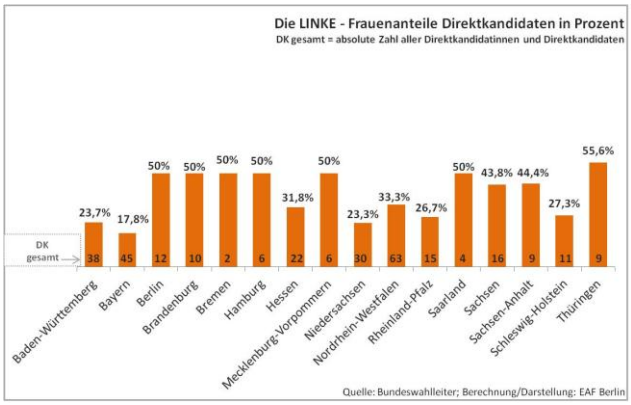
Auch bei der **SPD** trübt sich das Bild mit Blick auf die Direktkandidaturen: Bei der letzten Wahl holte die SPD in Nordrhein-Westfalen den größten Teil ihrer Direktmandate (26). Der Frauenanteil unter den aktuellen Direktkandidaten beträgt in diesem Bundesland aber nur 28,1 Prozent: 46 Männer und nur 18 Frauen kandidieren hier für die SPD in den Wahlkreisen.



Bei den drei kleineren Bundestagsparteien spielen die Direktmandate in der Regel eine nur geringe bis überhaupt keine Rolle beim Einzug in den Bundestag. Insgesamt präsentieren **GRÜNE** und die **LINKE** dennoch ein relativ ausgeglichenes Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Direktkandidaten. Die **FDP** hingegen stellt in gleich vier Bundesländern ausschließlich männliche Direktkandidaten zur Wahl.



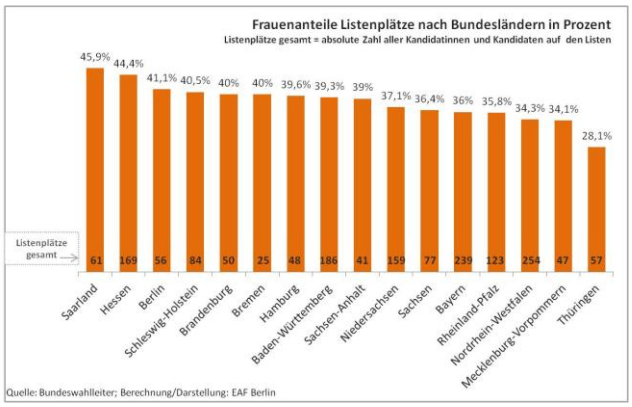




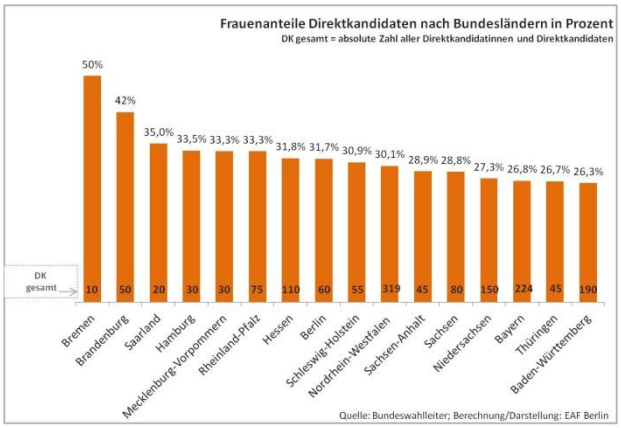
© EAF Berlin | Schumannstr. 5 | 10117 Berlin | Fon: +49 (0)30-30 87 760-0 | Fax: +49 (0)30-30 87 760-59 | info@eaf-berlin.de | www.eaf-berlin.de

Ranking der Bundesländer

Nimmt man die **Listen der fünf Parteien** jeweils zusammen, zeigt sich, dass vor allem Thüringen mit einem Frauenanteil von 28,1 Prozent auf den Listen hinter den anderen Bundesländern zurückbleibt, gefolgt von Nordrhein-Westfalen (34,3 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern mit einem Frauenanteil von 34,1 Prozent.



Die schlechtesten Chancen als **Wahlkreiskandidatin** aufgestellt zu werden haben Frauen in Baden-Württemberg (26,3 Prozent Frauenanteil unter den Direktkandidaten der fünf Parteien), Bayern (26,8 Prozent) und erneut Thüringen (26,7).



Insgesamt betrachtet bietet damit offenbar das Bundesland Thüringen Frauen besonders schlechte Chancen als Bundestagskandidatin aufgestellt zu werden; sowohl bei der Betrachtung aller Listen als auch aller Direktkandidat/innen landet es unter den letzten Plätzen.

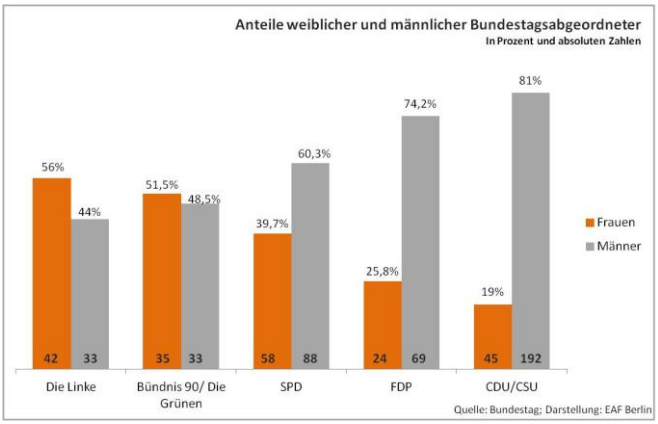
© EAF Berlin | Schumannstr. 5 | 10117 Berlin | Fon: +49 (0)30-30 87 760-0 | Fax: +49 (0)30-30 87 760-59 | info@eaf-berlin.de | www.eaf-berlin.de

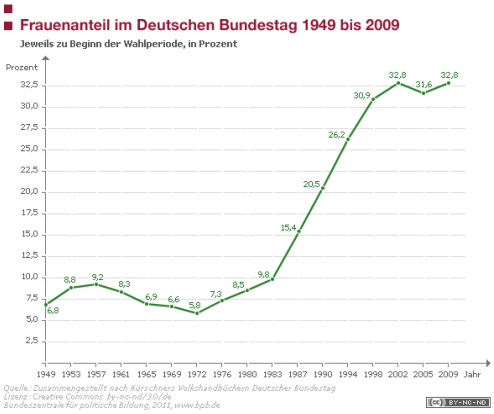
Schlusswort

Die hier vorliegende Analyse schaut vor allem darauf, wie unterschiedlich „erfolgreich“ die fünf großen Parteien dabei waren, Frauen als Kandidatinnen für die Bundestagswahl aufzustellen. Denn damit Frauen Abgeordnete werden können, müssen sie zuvor durch ihre Partei auf die Landesliste gewählt oder im Wahlkreis als Direktkandidatin nominiert werden. Erst die Wahl am 22. September wird zeigen, wie viele von ihnen tatsächlich in den nächsten Deutschen Bundestag einziehen und welche Partei ihren Anteil an weiblichen Abgebordneten erhöhen konnte.

Für die Analyse wurden vor allem diejenigen Daten herangezogen, die der Bundeswahlleiter am 27. August veröffentlicht hat (http://www.bundeswahlleiter.de).

Die aktuellen Frauenanteile der Bundestagsfraktionen und die Entwicklung im Zeitverlauf abschließend im Überblick:





Kontakt für weitere Informationen:

Julia Chojecka
Wissenschaftliche Mitarbeiterin

EAF Berlin
Schumannstraße 5
10117 Berlin
030 - 30 87 760 54
chojecka@eaf-berlin.de

Die **EAF Berlin** ist eine unabhängige, gemeinnützige Organisation mit Sitz in Berlin. Seit 1996 beraten wir Wirtschaft, Politik und Wissenschaft zu Chancengerechtigkeit, Diversity Management und Work-Life-Balance und führen Studien zu diesen Themen durch. Mit dem vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten **Helene Weber Kolleg (HWK)** setzt sich die EAF für mehr Frauen in politischen Führungs- und Entscheidungspositionen ein und fördert durch verschiedene Programme und Angebote insbesondere politische Neueinsteigerinnen. Das HWK ist die erste bundesweite und parteiübergreifende Plattform für engagierte Frauen in der Politik. Weitere Informationen unter www.frauen-macht-politik.de und www.eaf-berlin.de.